

Regierungsratsbeschluss

vom 10. September 2013

Nr. 2013/1657

Vernehmlassung zu 09.530 Parlamentarische Initiative: Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 3. Juni 2013 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates den Kantonsregierungen den Vorentwurf zur Vernehmlassung 09.530 Parlamentarische Initiative: Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle zur Vernehmlassung unterbreitet. Das Finanzdepartement hat die Stellungnahme an das Bundesamt für Justiz vorbereitet und legt sie zur Beratung und Beschlussfassung vor.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Parlamentarische Initiative: Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz, z.H. Frau Emanuella Gramegna, Bundesrain 20, 3003 Bern

Verteiler

Finanzdepartement
Staatskanzlei
Ratsleitung (8)
Medien (jae)